

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1921

348 (29.7.1921) Abendausgabe

Badische Presse

Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Fachblatt / Feld u. Garten / Reise- u. Wälderzeitung / Volk u. Heimat

Glasium und Seiden von
 Herr Chierastien.
 Hauptdruckerei:
 Gans Walther Schneider.
 Verantwortl. Redakt. und Ver-
 waltungsvorstand: Dr. W. Schuler.
 Baden: Martin Schuler, Karlsru-
 her Anstaltenverlag u. Sport: W.
 Schneider: Kunst, Wissenschaft und
 Unterhaltung: A. Rudolph: Handels-
 zeitung: A. W. Schuler: An-
 zeigen: A. Rindfleisch: alle in
 Karlsruhe.
 Berliner Schriftleitung:
 Dr. Erich Gersch.
 Fernsprecher:
 Geschäftsstelle: Nr. 36.
 Schriftleitung: Nr. 309 und 318.
 Geschäftsstelle:
 Brief- und Sammler-Verd. nach
 Kaiserstraße und Marktplatz.
 Postfachkonto: Karlsruhe Nr. 8338

Der englische Ministerrat.

Sofortige Truppenentsendungen unnötig.

V. Basel, 20. Juli. (Drahtmeldung unseres eigenen Bericht-
 erstatters.) Der englische Ministerrat besprach gestern, wie wir
 heute morgen schon kurz gemeldet haben, in zwei Kabinettsitzungen,
 an denen auch die Ministerpräsidenten der Dominions teilnahmen,
 die oberste Frage. Ueber den Inhalt der englischen Antwort-
 note an Frankreich, über die man sich in amtlichen Kreisen natürlich
 ausschweigt, verläutet nach Meldung schweizerischer Blätter in gut-
 informierten Kreisen, daß die Note in einem außerordentlich ver-
 schärften Ton gehalten sei. Die britische Regierung habe dem
 Wunsch Ausdruck gegeben, mit Frankreich verbunden zu bleiben,
 diese aber auf dem Standpunkt, es sei nicht notwendig, so-
 fort Truppen nach Oberschlesien zu entsenden. Die
 britische Regierung wolle mit Frankreich zusammenarbeiten, damit
 das französische Prestige, das in der letzten deutschen Note verletzt
 worden sei, nicht weiter angegriffen werde. Es verläutet, daß der
 französische Botschafter in London nochmals Lord Curzon eine kurze
 Replikation überreichte mit dem Hinweis auf den großen mora-
 lischen Schaden, der aus den englisch-französischen Differenzen ent-
 stehen könnte.

Unteralliierte, keine französischen Truppen.

Dr. B. Genf, 20. Juli. (Drahtmeldung unseres eigenen Bericht-
 erstatters.) Einen eigenartigen Beweis für die Aufrichtigkeit der
 französischen Sorge um die Ruhe und Ordnung in Oberschlesien gibt

Schweizer Brief.

Der Platzkommandoprojekt. — Die Einfuhrbeschränkungen und
 ihre Wirtungen. — Die schwere Katastrophe von Bodio und
 Solothurn.

V. T. Basel, 20. Juli. Zu Ende der letzten Woche hat das
 schweizerische Disziplinargericht IV sich mit einem Prozeß zu beschaf-
 tigen gehabt, der in mehr als einer Beziehung das deutsche volk-
 weisereizt. Eine Ordnung und ein Leutnant des Basler Platz-
 kommandos hatten sich zusammengesetzt, um einen regelrechten Beu-
 zugs gegen das deutsche Konsulat zu unternehmen. Zwischen dem
 deutschen Konsulat und dem Platzkommando hat wegen der Be-
 deutung der aus Frankreich geschickten deutschen Kriegsgefangenen
 ein sehr reger Geheißverkehr bestanden. Das Platzkommando hatte
 die Köpfe für den Transport der Häftlinge bis Basel und von da
 bis Zürich übernommen; gleichzeitig war ihm auch die Verpflegung
 übertragen, wofür dem deutschen Konsulat Rechnung gestellt wurde.
 Bei dieser Rechnung wurden von dem Rechnungsführer sogen. „Zu-
 schüsse“ gemacht, die mitunter eine ganz beträchtliche Höhe erreichten
 und teillos von dem deutschen Konsulate bezahlt wurden; auch sogen.
 „Diplomatenessen“, vom Platzkommando für die Offiziere arrangiert,
 wurden dem deutschen Konsulate auf die Rechnung gesetzt und
 auch ansichtslos bezahlt, ohne daß irgend welche Vorlage eines
 Beleges gefordert wurde, weil dem deutschen Konsulate die Unter-
 schrift eines schweizerischen Offiziers genügte. Die Ordnung und
 der Leutnant sind nun bestraft, das Justizhaus hat sich hinter
 ihnen geschlossen; aber nicht erledigt ist die Angelegenheit für
 die schweizerische Öffentlichkeit. Die schweizerische Presse läßt herbe
 Kritik an diesen unerfreulichen Vorgängen; nicht, daß man mit dem
 Urteil des Disziplinargerichtes nicht zufrieden wäre, aber daß man
 nicht von so geringer Qualifikation leitens der Militärverwaltung
 von den Aufsichtsräten so unbegrenztes Vertrauen schenkte. Und
 nunmehr berichte es in der Schweiz, daß das schweizerische
 Disziplinargericht so schwer erschüttert worden ist, wie die durch
 den Leutnant Paiss geschickten sind. Im großen und ganzen ist man
 mit dem schieren Urteil des Disziplinargerichtes einverstanden, und man
 sieht nur noch bei daß überall da, wo ähnliche Erscheinungen sich
 zeigen sollten, rasch zugegriffen werden möge um ähnliche Situations-
 zu vermeiden. Aber auch beim deutschen Konsulat werden die ver-
 antwortlichen Stellen sich ihrer Pflicht bewußt sein und der erforder-
 lichen Kontrolle nicht etwa aus Höflichkeitsgründen unterlassen. Dar-
 mit ist weder den Behörden der Schweiz noch dem deutschen Reich
 geholfen.

Die vom Bundesratte aufgrund seiner außerordentlichen Voll-
 machten erlassenen Einfuhrbeschränkungen haben im ganzen Lande
 nur böses Blut gemacht; der ermarktete industrielle Aufschwung ist
 gestoppt, aber dafür ist eine ganz empfindliche Teuerung der
 Lebensmittel auf dem Volke lastet. Man hat schon sehr oft die
 schmerzhafteste Beschränkung dieser Einfuhrbeschränkungen, die selbst die
 Substanz aufs bitterste enttäuscht hat, und von verschiedenen Ver-
 sammlungen im Lande sind bereits solche Beschlüsse gefaßt worden.

In den letzten Tagen ist die Schweiz von zwei schweren Kata-
 strophen heimgeschickt worden. In dem teufelischen Ort Bodio ist eine
 Zementfabrik in die Luft geflogen, bei welcher 18 Menschenleben
 zu beklagen sind. Die Rettungssaktion lag dabei sehr im Argen, und
 werden den Behörden sehr schwere Vorwürfe gemacht daß, für
 die vorliegende Vorkommnisse gar nichts vorgelegt war. — In
 Solothurn ist der Jugungssteg zur Frauenbadanstalt zusammenge-
 stürzt, in dem Augenblick, als eine große Kinderkar auf den Ein-
 gang ergab, daß die Eisenkonstruktion des Steges schon lange vom
 Rost zerfressen war und die baupolizeilichen Aufsichtsräte hätten
 sich einer nur wenig genaueren Untersuchung des Steges bedienen
 müssen. Die Verantwortlichen der Behörden haben sich nicht verhalten,
 nach nicht gesprochen sein.

Zusammenschluß in der Angestellten-Bewegung.

Eine Vereinbarung der Spitzenorganisationen.
 Seit einiger Zeit sind zwischen dem Vorstande des Allgemeinen
 Gewerkschaftsbundes, des Afa-Bundes und des Deutschen
 Gewerkschaftsbundes Verhandlungen über die Bildung einer Einheits-
 list der Arbeiter, Angestellten und Beamten geführt worden, die
 zur Formulierung folgender Vereinbarung geführt haben:

Zur wirksamen Vertretung des gemeinsamen Interesses der
 Arbeiter, Angestellten und Beamten vereinbaren die unterzeichneten
 Spitzenorganisationen unter Wahrung ihrer vollen Selbständig-
 keit unter Ausschluß aller parteipolitischen und religiösen Teil-
 zugehörigkeiten folgende Abmachungen:

1. Die drei Spitzenorganisationen verpflichten sich und die an-
 geschlossenen Verbände, in der Wahrung der gemeinsamen Arbeiter-
 programms selber durchzuführen. Jede Organisation hat ihr eigenes
 Programm selber durchzuführen. Beschlüsse über gemeinsame Hand-
 lungen sind auf dem Wege der Verständigung herbeizuführen.

der „Temps“, der plötzlich erklärt, man komme zu einer Lösung,
 wenn man nur einmal die Truppenentsendungen im Prinzip Deutsch-
 land aufzwingen und es dem Obersten Rat überlasse, Beschlüsse zu
 fassen über Zahl und Art, sowie über Datum und Transport der
 französischen Truppen. Das ist etwas ganz neues. Denn bisher
 sprach man nie von in der alliierten sondern stets nur von fran-
 zösischen Truppen. Aus den Enthüllungen des „Temps“ geht aber
 hervor, worauf es Frankreich anheimend allein bei dieser Ange-
 legenheit ankommt, nämlich darauf, einen neuen Druck auf Deutsch-
 land auszuüben. Selbst der Korrespondent des „Journal de Genève“
 findet diese Kombination des „Temps“ etwas „bizarr“, da durch sie
 die Verzögerung einer Maßnahme ausgesprochen werde, die man bis-
 her für sehr dringlich erklärt habe. In einigen Blättern kann man
 übrigens deutlich zwischen den Zeilen lesen, daß die angebliche Einig-
 ung zwischen Frankreich und England mehr dem Wunsche der Pa-
 riser Blätter, als den Tatsachen entspricht. Was bis jetzt über eine
 Einigung zwischen London und Paris bekannt wurde, ist sehr in-
 haltlos.

Das Kräfteverhältnis in Oberschlesien.

V. Basel, 20. Juli. (Drahtmeldung unseres eigenen Bericht-
 erstatters.) Nach einer Meldung des „Journal“ aus London würde
 England, falls der Oberste Rat die Abwendung von Truppenent-
 sendungen nach Oberschlesien als notwendig erachte, genügend Truppen-
 kontingente zusammenbringen, damit es in Oberschlesien dieselbe
 Truppenmacht besitze wie Frankreich.

2. Alle beteiligten Verbände erkennen ihren organisatorischen Be-
 stand gegenseitig an und werden sich jeden agitatorischen Eingriffs
 in die Mitgliedschaft eines anderen beteiligten Verbandes enthalten.
 Organisatorische Streitigkeiten sollen im Wege gütlicher Schlichtung
 behoben, bestehende Unstimmigkeiten baldigst beseitigt werden.
 3. Die beteiligten Verbände stehen auf dem Boden der demo-
 kratisch-republikanischen Verfassung des Deutschen Reichs. Sie ver-
 pflichten sich, jeder Verletzung und jeder ungesetzlichen Aenderung
 dieser Verfassung im Reich und in den Ländern geschlossen entgegen-
 zutreten, aber jede politische und religiöse Überzeugung in ihren
 Mitgliedsverträgen und Statuten zu dulden.
 4. Für die Stellungnahme zu wirtschaftspolitischen Fragen und
 eine gemeinsame Einwirkung auf die Wirtschaftspolitik durch die Be-
 amten-Angestellten- und Arbeiterverbände ist richtiggehend die
 Lage der Mitglieder als Arbeitnehmer und Verbraucher.
 5. Die Vereinbarungen sind auch für die örtliche und betriebliche
 Gliederung der beteiligten Spitzenorganisationen sowie für die
 Fachgruppen der angeschlossenen Verbände, soweit Beamte, An-
 gestellte und Arbeiter in Betrieben und Verwaltungen den gleichen
 Arbeitgebern unterliegen.

Vorausichtlich wird das Abkommen in der vorliegenden Formu-
 lierung auch die Zustimmung der hierfür in Frage kommenden Kör-
 perschaften der einzelnen Organisationen finden.

Die Berliner Stadtverordnetenwahl.

U. Berlin, 20. Juli. (Drahtbericht.) Der ständige Ausschuß
 des Preussischen Landtages beschloß heute bei der Beratung der Ber-
 liner Neuwahlordnung endgültig, daß die neuen Berliner Stadtver-
 ordneten- und Bezirksverordneten-Wahlen am 16. Oktober stattfinden
 sollen.

Bayern hebt endlich die Passpflicht für Deutsche auf
 Wie aus München gemeldet wird, hat das bayrische Ministerium
 des Innern die Passpflicht für nichtbayrische Deutsche in Bayern auf-
 gehoben.

Eine Verordnung des Reichswehrministers.

U. Berlin, 20. Juli. (Drahtbericht.) Laut einer Verordnung
 des Reichswehrministers mehrten sich die Fälle, daß Zivilisten an die
 Truppenteile der Reichswehr mit der Bitte herantreten, ihnen
 Waffen und andere Ausrüstungsstücke zu überlassen. Das Reichs-
 wehrministerium verbietet die Abgabe von Waffen und macht darauf
 aufmerksam, daß es sich in den meisten Fällen um Schwindler und
 Linkshänder handelt. In Zukunft sind derartige Personen sofort
 vorläufig festzunehmen.

Unere Verluste im Kriege.

Vom Zentral-Nachweiskommando in Spandau werden über die
 Kriegsverluste 1914-18 folgende Angaben gemacht: Nach den amt-
 lichen Verzeichnissen beliefen sich bis 31. Dezember 1920 die Verluste
 des deutschen Landheeres auf:

Regiment	Tote	Verwundete
Preußen	1 397 326	3 281 873
Bayern	168 718	434 035
Sachsen	123 708	307 606
Württemberg	74 227	191 065
Dazu die Verluste der Marine und der Schutztruppe	1 763 979 84 256 1 133	4 214 579 31 085 1 210
also insgesamt:	1 799 368	4 243 874

Diese Zahlen sind noch nicht endgültig, da die Feststellung der
 Verluste noch nicht abgeschlossen ist. Die Zahl der Verwundeten ist
 in Wirklichkeit geringer, da auf einen Teil von ihnen mehrere Ver-
 wundungen entfielen. Die Zahl der Vermissten wird augenblicklich
 auf ungefähr 200 000 geschätzt; sie ändern sich dauernd im Verlaufe
 der Nachforschungsarbeiten und wird erst nach deren Abschluß end-
 gültig und genau angegeben werden können.

Die Interparlamentarische Union

U. Berlin, 20. Juli. (Drahtbericht.) Als deutsche Delegierte
 werden folgende Parlamentarier zur Stockholmer Tagung der
 Interparlamentarischen Union vom 16. bis 20. August gehen:
 Graf Bernstorff, Professor Eidhoff, Reichsminister Giesberts,
 Minister Hilfenbrandt, Frau Zuckas, der frühere Außenminister
 Dr. Ritter, Reichstagspräsident Loebe, der frühere Reichsfinanz-
 Hermann Müller, Dr. Pfeiffer, Professor Schilling, Vermuth.

Die Streikwelle im Elß. Nach einer Zusammenstellung der
 elßischen Presse wird augenblicklich in etwa 32 größeren Betrieben
 des Elßs hauptsächlich Textil- und Maschinenfabriken, gestreikt.
 Der Streik ist eine naturgemäße Folge der Lohnreduktionen, die
 ihrerseits durch die schlechten Absatzverhältnisse bedingt werden. Der
 Mühlhauser Gemeinderat bewilligte 100 000 Franken zur Unter-
 stützung der Streikenden und ausgesperrten Textilarbeiter. Wäh-
 rend der Sitzung war das Rathaus von einer vieltausendköpfigen
 Menge umlagert, die die Bewilligung des Kredites mit stürmischen
 Rufen aufnahm.

Umschau.

20. Juli 1921.

Der Augenblick, in dem der deutsche Wiederaufbauminister Dr.
 Rathenau seine Mitteilungen über die deutsch-französischen Wie-
 deraufbauverhandlungen gemacht und seine Auffassung über die Re-
 parationsfrage neuerdings dargestellt hat, ist wohl nicht ganz zufällig
 gewählt. Dr. Rathenau und mit ihm die Gesamtheit des Kabinetts
 mögen wohl von den Ausführungen im Reparationsauschuß des vor-
 läufigen Reichswirtschaftsrats eine, wenn auch vielleicht nur gering-
 fügige Beeinflussung, der Stimmung in Paris erhoffen. In Frank-
 reich kämpfen seit langer Zeit zwei politische Strömungen um die
 Oberhand. Der einen kommt es vor allem auf die wirtschaftliche Aus-
 beutung des Versailler Vertrages, vor allem auf dem materiellen Wie-
 deraufbau Frankreichs und die Sicherung einer günstigen Wirtschafts-
 entwicklung und einer wirtschaftlichen Vormachtstellung auf dem
 Kontinent an. Diese Richtung muß naturgemäß darauf Rücksicht
 nehmen, daß Deutschland leistungsfähig bleibt; denn ohne ein lei-
 stungsfähiges Deutschland, ohne einen zahlungsfähigen Schuldner ist
 an einen Wiederaufbau Frankreichs nicht zu denken, ist das in seinen
 finanziellen und wirtschaftlichen Grundbedingungen erschütterte Land
 ebenalls dem Ruin ausgeliefert. Während es zur Zeit, als Paleolo-
 gue am Quai d'Orsay durch Berthelot ersetzt wurde und in den
 Zeiten der ersten Pariser Verhandlungen über den Wiederaufbau
 so erscheinen konnte, als ob sich die wirtschaftspolitisch orientierte
 Richtung wohl stärker in den Vordergrund drängen würde, ist es seit
 einigen Monaten wieder der rein politisch-imperialistisch eingestellten
 Richtung gelungen, vor allem durch lautes Geschrei die französische Re-
 gierung in ihren Bannkreis zu ziehen. Die Atmosphäre, in der man
 gegenwärtig die oberste Frage in Paris behandelt, ist Zeugnis
 davon. Rathenaus Ausführungen könnten geeignet sein, die franzö-
 sische öffentliche Meinung noch einmal vor das Problem zu stellen:
 Vernichtung Deutschlands, verbunden mit der größten Wahrschein-
 lichkeit des wirtschaftlichen Ruins für Frankreich oder wirtschaftliche
 Verständigung, die allein zum Wiederaufbau Frankreichs führen
 könne.

Die letztere Möglichkeit wird der Franzose natürlich nur anerken-
 nen, wenn er von dem deutschen Willen zur Erfüllung der Wiederauf-
 bauverpflichtungen überzeugt ist. Das Hauptargument der franzö-
 sischen Imperialisten ist ja gerade, daß der Wille zur Erfüllung in
 Deutschland bei der Mehrheit des deutschen Volkes nicht vorhanden sei,
 daß auch der Regierung Wirth in diesem Punkte nicht vollkommen zu
 trauen sei und daß man deshalb mit Gewalt haken müsse, was man
 auf dem Wege der Verständigung doch niemals erhalten würde. Des-
 halb wohl gerade zu diesem Zeitpunkt die nochmalige hartbetonte Her-
 vorhebung des Erfüllungswillens durch Rathenau. Aber nicht nur
 innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch sind die diesbezüglichen
 Ausführungen Rathenaus sehr bemerkenswert. Der Beurteilung
 einer Politik, die von vornherein die Vertragsbestimmungen in der
 Verbindung von Unabänderlichkeit und Unerfüllbarkeit vereint,
 wird man ruhig zustimmen dürfen. Eine solche Vereinbarung erfolgt
 letzten Endes doch gewissermaßen a priori, denn jede Vorauslage für
 wirtschaftliche Bewegungen in der Zukunft baut auf der ungewis-
 sigen Grundlauge einer Reihe von unbestimmten Faktoren auf, wes-
 halb auch die Mehrzahl aller Prognoseurteile aller wirtschaftlichen
 Sachverständigen so sehr daneben haut. Die Tatsache der Unerfüll-
 barkeit muß erst durch die Erfahrung bestätigt werden. Erst
 wenn dieser Nachweis, wie allerdings sicher zu erwarten ist, durch
 die Erfahrung geliefert wird, so kann die Forderung erhoben werden,
 daß die Abänderungsklausel, die sowohl im Versailler Vertrag wie in
 den Ultimatumbestimmungen enthalten sind, in Kraft treten.

Was Rathenau im Einzelnen über die Bedeutung der Wiederauf-
 bauverhandlungen in Paris und Berlin sagt, knüpft an die Kern-
 frage der Neuordnung unserer Finanzen an. In seiner anfangs des
 Monats gehaltenen großen Programmrede hat Dr. Wirth der Hoff-
 nung Ausdruck gegeben, daß die vorläufig noch auf 61 Milliarden zu
 veranschlagenden Ausgaben des neuerrichteten Kontributions-
 etats auf 40-50 Milliarden erniedrigt werden könnten. Was
 Rathenau im Reichswirtschaftsrat ausgeführt hat, illustriert die
 Voraussetzung, an die die Hoffnung des Dr. Wirth geknüpft ist.
 Die Verminderung der Ausgaben ist nur dann möglich, wenn an
 Stelle der Geldleistungen Sachleistungen treten, wobei unterem
 Konto der Unterschied des niederen Inlandspreises und des Welt-
 marktpreises bei der Preisfestsetzung zu Gute kommen müßte. An
 diesem Punkte beginnen aber, wie die Ausführungen Rathenaus
 zeigen, die sachlichen Schwierigkeiten der Verhandlungen. Am leicht-
 esten werden diese Schwierigkeiten überwunden werden können,
 wenn die Lieferungen von Deutschland nach Frankreich nicht zu sehr
 durch einen bürokratischen Apparat behindert werden, wenn viel-
 mehr der Initiative des freien Handels ein möglichst großer Spiel-
 raum gelassen wird. Daß Rathenau sich in dieser Frage nicht so
 sehr von seinen wirtschaftsorganisatorischen Ideen als vielmehr von
 praktischen Rücksichten, die die Entfaltungsmöglichkeit aller Kräfte
 des freien Handels verlangen, leiten läßt, wird anerkannt werden
 müssen und ist aus politischen und wirtschaftspolitischen Gründen
 erfreulich.

Aufstand in Albanien.

a. Basel, 20. Juli. Wie das Jugoslawische Pressbüro meldet, hat
 der Aufstand in Albanien große Ausdehnung angenommen, jedoch
 5 jugoslawische Regimenter den Befehl zur Intervention erhalten ha-
 ben. An der albanisch-jugoslawischen Grenze hat eine lebhafteste Ge-
 sechsigkeit eingesetzt.

c. Zürich, 20. Juli. Das „Jugoslawische Pressbüro“ berichtet, daß
 Teile der albanischen Aufständischen die jugoslawische Grenze über-
 schritten haben und bei den königlichen Behörden um Schutz nach-
 suchen. Die Aufständischen, meist Mosamedaner, haben den Wunsch
 geäußert, Jugoslawien möge das Protektorat über Albanien über-
 nehmen.

Englische Rekrutierung im Orient.

e. Basel, 20. Juli. „Daily Mail“ meldet: Die englische Regierung
 hat eine allgemeine Rekrutierung im mittleren Orient angeordnet
 zwecks Aushebung einer Armee von mindestens 10 000 Arabern, Kur-
 den und Syrern, welche die englischen Truppen in Mesopotamien
 ersetzen sollen. General Jackson wurde zum Generalinspektor ernannt.

Gegen Indien.

e. Basel, 20. Juli. Die „Pravda“ meldet: General Brussilow ist
 die Leitung der politischen und militärischen Angelegenheiten gegen
 Indien übertragen worden; zugleich wurde er zum Verbindungs-
 offizier zwischen Rußland und Kemal Pascha ernannt.

Wirtschaftsmarkt muß freie Wirtschaft eintreten. Wenn ich dem G. sehe...

Finanzminister Köhler: Die Regierung hätte gern noch mehr...

Abg. Rüdert (Soj.): Die Beamten und Arbeiter tragen den...

Abg. Rüdert (Soj.): Ich hoffe, daß der größte Teil der deutsch-

Abg. Seibert (Ztr.) wandte sich auch gegen das Vorgehen der...

Abg. Freudenberg (Dem.): Vieles, was in der Regierungsvor-

Abg. D. Mayer-Karlruhe (D. N.): Der bestehende Waf-

Abg. Dr. Köpfer (Ztr.) legte sich für die Steuerbeamten ein...

Abg. Dr. Baumgartner (Ztr.) stellte aufgrund des Protokolls...

Abg. Habermehl (D. N.): Es erscheint mir sonderbar, daß die...

Abg. Dr. Glöckner (Dem.): Wir sind selbstverständlich bereit...

Das Verteilungsgezet. Dann trat das Haus in die Beratung über den Entwurf eines...

Abg. Freudenberg (Dem.) berichtete. Das sog. Verteilungs-

Abg. Freudenberg (Dem.): Ich bin der Meinung, man sollte den...

Abg. Dr. Glöckner (Dem.): Wir sind selbstverständlich bereit...

Abg. Freudenberg (Dem.): Ich bin der Meinung, man sollte den...

Abg. Dr. Glöckner (Dem.): Wir sind selbstverständlich bereit...

Abg. Freudenberg (Dem.): Ich bin der Meinung, man sollte den...

Abg. Dr. Glöckner (Dem.): Wir sind selbstverständlich bereit...

lich gebotenen Schulaufwand, die Gemeinden den sachlichen Schul-

In der allgemeinen Beratung erklärte Abg. Dr. Baumgartner (Ztr.), daß die Gemeinden auf finan-

Abg. Rüdert (Soj.): Meine Fraktion wird dem Geset ihre...

Abg. Freudenberg (Dem.): Das Gesetz wurde weniger von...

Abg. D. Mayer-Karlruhe (D. N.): Wir können dem Gesetz...

Das Gesetz wurde in erster Lesung einstimmig angenommen...

Schluß der Sitzung 1 Uhr. Nächste Sitzung heute nachmittag 3 Uhr.

Der Schulaufwand

Dr. Ruge. Der Ausschuß des Landtags für Schule und Beschwerden besa-

Der Ausschuß des Landtags für Schule und Beschwerden besa-

Der Ausschuß des Landtags für Schule und Beschwerden besa-

Aus Baden.

Der Karlsruher Lehrerverein zum Reichsschulgesetzentwurf.

lich Parteien zu machen. Der Bes. 2. B. ist davon überzeugt, daß durch...

Abg. Köhler, 27. Juli. (K. K. K.) Kürzlich wurde gemeldet...

Abg. Köhler, 28. Juli. (Erntergebnis.) In der hiesigen Gegend...

Abg. Köhler, 29. Juli. (Bürgermeisterwahl.) Der Bürger-

Tipps

Für einen Ort, den es nicht gibt, hat die Volkssprache mannig-

